

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einl. Trägertocher monatlich 2,00 RM. einl. 41 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Fremdenbestellungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 15pägige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., Streifenpreise und private Familienanzeigen 6 Pf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachtrag nach Poststempel 1 oder Rengassestr. B. Beleggebühr für Bilderranzeigen 30 Pf., ausl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach * Fernruf: Ostwärts 24601, Fernverkehr 27951-27953 * Teleg.: Neueste Dresden * Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Dittlerstr. 4 a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
 postfach: Dresden 2060 - Nachverlangte Einsetzungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Lesr der keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Auftrags

Neue Kundgebung in New York

Angriffsaktionen der Komintern in allen Ländern - Wachsende Kolonial Sorgen Englands und Frankreichs - Riesen-Bauernkündgebungen in Kopenhagen

Weitere Überfälle angekündigt

Der Überfall auf die „Bremen“ nur ein Anfang

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

New York, 30. Juli. (Durch United Press) Die angekündigte Kundgebung der sogenannten „Antinazi-Federation“ hat am Montagabend in New York stattgefunden und zu Belästigungen geführt, die andeuten, daß der kommunistische Überfall auf die „Bremen“ als der erste einer ganzen Reihe von ähnlichen Handlungen vorzusagen geplant und vorbereitet worden war. Die „Telegraphen“ der „Antinazi-Federation“ beschlossen gestern abend, einen förmlichen Aufruf an die neuen Kundgebungen auf den Vorposten der deutschen Schiffe auszusenden, um die amerikanischen Reisenden vor der Fahrt auf ihnen abzusprechen. Weiterhin richtete die Delegiertenversammlung an Bürgermeister Valentin eine Forderung nach Freilassung der „Komintern“ und an den New Yorker Polizeipräsidenten eine Forderung nach Freilassung der „Komintern“, die als Mörderführer und Haupttäter der gemachten kommunistischen Ausschreitungen auf der „Bremen“ und auf dem Vier, später auch in den umliegenden Hafenvierteln verhaftet worden sind. Natürlich lehnten auch die üblichen kommunistischen Drohungen gegen die Polizei nicht, die „Nazimethoden“ bei der Unterdrückung der Unruhen angewandt habe. Polizeipräsident Valentin erklärte, die Polizei würde den

Schutz der deutschen Schiffe und der Vier, an denen sie anliegen, „mit aller Energie“ durchführen.

Die für Montag angelegte erste Gerichtsverhandlung wegen der verbotenen Kommunisten wurde verschoben, da der Polizeibeamte, der im Kampf mit den Fliegenschändern auf der „Bremen“ verletzt wurde, noch immer im Krankenhaus liegt und nicht vernommen werden konnte. Sein Verbleiben ist jedoch bekannt. An der Spitze der deutschen Staatsangehörigen steht der Bürgermeister Valentin, der am Montag eine ausweichende Erklärung abgab, in der er u. a. behauptete, die Verweigerung der Gewerbezulassung für Krew sei nicht als eine „Sondermaßnahme“ anzusehen; sie sei vielmehr die Anwendung „eines neuen Verfahrens“, das durch die in New York herrschende Lage auf dem Arbeitsmarkt erforderlich geworden sei. Er werde sich aber einer etwaigen gerichtlichen Entscheidung des Staatsdepartements, die dies aus Gründen der Außenpolitik treffen wird, willig fügen. Krew selbst erklärte, er werde mit seiner Sache vor die Gerichte gehen, falls Valentin die Verweigerung der Zulassung ablehnen sollte. Er habe sich in den Vereinigten Staaten ebenfalls nie irgendwo anders einer kommunistischen Verfolgung schuldig gemacht, so daß keine Anklage gegen ihn, ihm eine Erwerbsmöglichkeit, seit er verhaftet, auf die er angewiesen sei, da er seit längerer Zeit erwerbslos und fast ohne Geldmittel sei.

Ein kleines Bilderbuch

Vom Bildersturm zur Bilderräuferei

Den Bilderstürmern in Konstantinopel sind die Bilderfälscher gefolgt. Die Bilderstürmer waren religiöse und moralische Idealisten, die unter der Führung aufklärerischer byzantinischer Künstler im 9. Jahrhundert gegen das Ueberhandnehmen eines völlig abotisch gewordenen Bilderdienstes in den christlichen Kirchen Vortoss austraten. Die Bilderfälscher von heute sind weder moralisch noch religiös, noch Idealisten.

Es ist keine größere Aufgabe für die Regierungen von heute, als gegen derartige Stöße aus Südamerika auszusetzen.

Das Bodenschnittblatt „Zozopha“ in Istanbul hat eine in allen orientalischen Norden schillernde Verleumdung über jüdische Ausschreitungen in Konstantinopel veröffentlicht. Der Bericht war sehr phantastisch, aber den Herausgebern noch nicht phantastisch genug. Sie trauten der Unglaublichkeit ihrer Verleumdung nicht so ganz. Deshalb legten sie zu ihnen: Sie zweifelten? Sie meinten, daß vielleicht doch an unsern Verleumdern etwas Schwindel sei? Sie haben ganz recht! Es wird so viel gelogen in dieser finsternen Welt. Aber lassen Sie hier: hier ist ein Bild. Ein in Berlin aufgenommenes Foto! Schauen Sie genau hin, wenn Sie noch zweifeln, wie es in den Straßen Berlins aussieht, wie sogar die Polizei auf die arme Judenbevölkerung einschlägt. Kann eine Photographie lügen? Das ist ganz unmöglich. Sie müssen also jetzt endlich überzeugt sein, wie es in Deutschland aussieht und auch davon, daß unsere Berichte über Deutschland den Tatsachen entsprechen.

Und der türkische Völkerverhaß bedrückt ab. Er hat alles bemerkt. Nur eines nicht: die Photographie war zwar wahrheitsgetreu, die Wahrheit aber etwas alt. Räumlich schon fünf Jahre! Sie stammt aus dem Jahre 1930. Und die dargestellte Strafe liegt nicht in Berlin, sondern in New York. Und nicht die Berliner Polizei verprügelt Juden, sondern New Yorker Polizei indische Demonstranten vor dem britischen Konsulat. Das Bild ist aus einer alten Nummer der „Berliner Illustration“ geholt. So hat stimmt alles. So arbeitet der Journalismus in Konstantinopel. So wird „öffentliche Meinung“ gemacht. Bedarf es eines besseren Beweises für die Trübsinnigkeit, die sich heute ein sehr großer Teil der Weltbevölkerung zur besonderen Aufgabe gemacht hat?

Der Kirchenstreit in Belfast

Es gibt seit Monaten kein interessanteres Thema für die Auslandsblätter als den sogenannten „deutschen Kirchenstreit“. Die Erklärungen der verantwortlichen deutschen Staatsmänner, daß sie nicht daran denken, die religiöse Freiheit des Einzelmenschen anzugreifen oder die religiöse Betätigung der Kirchen zu unterbinden, daß sich ihr Angriff lediglich gegen die politische Ausnutzung der Religion und die Formung politischer Staatsfeindbilder durch den Mantel religiöser Ueberzeugung richtet, aber all das nicht man draufhin bringen. Auch Zeitungen, die niemals das geringste Interesse für religiöse Fragen irgendwelcher Art aufgebracht haben, berichten heute halbespottisch über die angeblichen Kirchenverfolgungen in Deutschland, und da sie religiösen Dingen bisher gänzlich fernblieben und ihnen dieses ganze Gebiet völlig fremd ist, geben sie fast stets ein völlig verkehrtes und grotesk mißverständliches Bild der Zustände in Deutschland. Wenn man aber schon von „Kirchenstreit“ und „Religionskrieg“ sprechen will, dann muß man in andere Teile Europas sehen. In Belfast nach Nordirland, wo sich zwischen die blühenden Unruhen toben. Aber diese Ausschreitungen sind gar nicht das schlimmste. Viel schlimmer ist der internationale Kampf der Protestanten gegen die Katholiken in Belfast und der Katholiken gegen die Protestanten im Irischen Freistaat. In Belfast sind 381 katholische Familien seit Anfang Juni aus ihren Wohnungen vertrieben worden. 1080 Einzelpersonen sind obdachlos. Das sind amtl. behauptete Zahlen. Tausen abgetrieben aber sind Tausende und aber Tausende, wie der römisch-katholische Bischof der Grafschaft Down berichtet, arbeitslos geworden, da sie es nicht wagen können, ihre Arbeitsplätze in den Fabriken und auf den Schiffswerften anzunehmen.

„Antinazi-Federation“

Der Krieg der New Yorker Kommunisten gegen die deutsche Flagggefahr dauert an. Gestern abend ist in New York eine Antinazi-Federation ins Licht der Welt getreten. Sie hat sich diesmal auf Kundgebungen und Umlaufblätter beschränkt, denn die Polizei war diesmal besser auf den Posten und schützte die Angelegenheiten der deutschen Schiffe. Aber die Gefahr besteht weiter, denn nachlässig wird in Massenveranstaltungen gegen Deutschland gehandelt. Dauert diese Hitze an, dann müssen wir zwingender Notwendigkeit neue Zwischenfälle eintreten. Was bedeutet die amerikanische Bundesbehörde zu tun? Man kann nicht behaupten, daß sie bei der „Antinazi-Federation“ und den hinter ihr stehenden Parteien besonders viel Interesse nimmt. Denn ganz offen werden die Pläne diskutiert, nach denen man die deutschen Schiffe weiter belästigen und beschlagnahmen will, bis niemand mehr ein solches Schiff benutzt oder einem solchen Schiffe Frucht und Ladung gibt. Was würden Amerikaner sagen, wenn in Deutschland ein solcher Freischuß gegen die amerikanische Flagge geführt würde? Was würde Amerika sagen, wenn in Hamburg oder Bremerhaven von einem zusammengekauften aufgegebenen Mob das Sternenzeichen herabgerissen und beschmutzt würde?

„Weltrevolutionärer Appell“

Die große Redefechtschlacht auf der VII. Komintern-Tagung in Moskau dauert an. Auch gestern marschierte ein ausländischer Vertreter nach dem andern an, um der Politik und Regierung seines Landes den weltrevolutionären Kampf anzuhängen. Aber auch gegen die österreichische und schweizerische Regierung wurden wilde Drohungen ausgehoben, und triumphiierend verkündete der Vertreter Kanadas, 90 Prozent aller kanadischen Streiks seien von der Komintern organisiert worden und in Zukunft werden es noch mehr sein. Ganz besonders schloß sich aber wieder Frankreich weg. Ein Vertreter der kommunistischen Jugendorganisation führte als Führer und Haupt seiner Lande die Kampfe gegen den französischen Kolonialimperialismus. Das französische Schutz- und Trugbündnis mit Moskau hat den Franzosen nicht das geringste genutzt. Moskau hat den französischen Republik in den Kolonien und im Mutterland des Kampfs an, oder um es mit den Worten des Berichtverfassers Wilhelm Pieck auszudrücken: Die Lage in Frankreich hat sich so zugeklippt, daß von der weiteren Aktivität der kommunistischen Massen jetzt das Schicksal der dritten Republik ab

Eden trifft Laval in Paris

London wünscht „enge englisch-französische Zusammenarbeit“

Telegramm unres Korrespondenten

A. London, 30. Juli

Der englische Völkerbundminister Eden teilt heute morgen mit dem Finanzern nach Paris, um dort mit Laval zu verhandeln. Am Abend werden Laval und Eden gemeinsam nach Genf fahren. In England herrscht jetzt die Meinung vor, daß die allerletzte Möglichkeit, Italien zum Einlenken zu bringen, nur durch eine enge englisch-französische Zusammenarbeit erreicht werden könne. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ glaubt heute annehmen zu dürfen, daß sich Frankreich nicht gerade in allerletzter Zeit immer mehr zu der englischen Ansicht durchgerungen hat, daß durch ein allgemeines Vorgehen alles getan werden müßte, um kriegerische Entwicklungen zu vermeiden. „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß sowohl England wie Frankreich große Kolonialreiche besitzen und in ihren außenpolitischen Beziehungen die farbige Bevölkerung das lebhafteste Interesse für die afrikanischen Vorgänge zeigt. Schon aus dieser Tatsache ergebe sich

eine weitgehende englisch-französische Uebereinstimmung über die zu unternehmenden Schritte. Ferner sei aber Frankreich, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erklärt, durch die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen eines „militärischen Abenteuer“ Italiens beunruhigt. Italien, das unter einer „verzweifeltsten Weltanarchie“ leide, habe jetzt bei Frankreich Hilfe und Unterstützung. Laval sei sich aber sehr wohl der Gefahren bewußt, die sich daraus ergeben würden, wenn in Frankreich der Ruf erklinge, daß die Staatsbankrotte aus Steuererhöhungen und Verwaltungsänderungen von Italien bei seinem Bemühen, sein afrikanisches Reich auszudehnen, verschwendet würden. Dies alles seien, so schreibt der „Daily Telegraph“, keine Fragen, die den Völkerbund offiziell angängen, wohl aber würden diese Erwägungen einen bedeutenden Einfluss auf die vertraulichen diplomatischen Besprechungen zwischen den Vätern haben, falls es zu diesen während einer kurzen Versammlung des Ratd kommen sollte.

Italien wünscht kurze Tagung

„Giornale d'Italia“ erneut gegen den Völkerbund Telegramm unres Korrespondenten

Rom, 30. Juli

Die italienische Delegation für die außerordentliche Sitzung in Genf hat Rom verlassen. Sie geht unter Führung von Baron Kloss. Man ist sich in Rom über die Haltung, die England in Genf einnehmen wird, noch nicht klar, hält aber italienischerseits daran fest, daß die kommende Sitzung „nur wenige Stunden dauern darf“, da sie sich auf Schiedsgerichtsbarkeit hinsichtlich der Grenzstreitigkeiten beschränken mußte. Man erklärt, daß der Standpunkt Italiens nach den Worten des Barons Kloss vom 25. Mal klar und eindeutig sei und daß Italien einer Aufgabenerweiterung der Schiedsgerichtskommission nicht zustimmen würde. Die Note, die die afrikanische Regierung dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt hat und in der Abdus Kdeba erklärt, daß es niemals einer Beschränkung der Kommissionsarbeiten zustim-

men werde, wird demgemäß in Rom als Versuch betrachtet, die Lage von neuem zu verwirren. Im „Giornale d'Italia“ spricht Virginio Gamba noch einmal dem Völkerbund das Recht ab, in dem italienischen Konflikt mit Abyssinien eine Schiedsrichterrolle zu spielen. Er erklärt, Italien könne sich nicht dazu einlassen, mit Abyssinien als gleichberechtigter Partner zu verhandeln. Er wiederholt den moralischen Anspruch Italiens auf koloniale Ausdehnung und sagt, eine Gleichberechtigung bestünde zwischen Italien und den europäischen Großmächten, nicht aber zwischen Italien und Abyssinien. Der Völkerbund dürfe nicht den aufstrebenden Völkern den Weg zur historischen Größe verwehren. „Es ist klar, daß der Völkerbund nicht die große chinesische Mauer rings um das Leben der Völker werden darf.“ Man hofft in Rom, daß in den Verhandlungen, die der eigentlichen Sitzung vorausgehen werden, Baron Kloss, von Laval unterstützt, Eden zu dieser italienischen Auffassung „bekehren“ wird.

(Weitere Meldungen siehe Seite 2)

uche
 der Form
 Zahnräder
 Silber
 geschliffen
 Schmalz
 275
 Gegenmittel
 Fiermarkt